Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 52 (1972-1973)
Heft: 9

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

TEUERUNG 7,3 PROZENT

Auf Ende Oktober ist in unserem Lande der Lebenskostenindex auf 7,3% gestiegen. Noch vor wenigen Jahren wäre eine solche Teuerungsrate schlechterdings undenkbar gewesen. Die Erinnerung daran, dass vor rund zehn Jahren die Aussicht, der Geldentwertungssatz könnte auf 4% steigen, die höchste konjunkturpolitische Alarmstufe auslöste und in der Folge einen denkwürdigen Abstimmungskampf um ein ausserordentliches Stabilitätsprogramm provozierte, mutet im Lichte der gegenwärtigen Situation geradezu idyllisch an. Der Stimmungsunterschied zwischen 1964 und 1972 lässt aber gleichzeitig auch deutlich erkennen, wie weit die Inflationsmentalität und die Gleichgültigkeit gegenüber den Folgen einer sich immer rascher drehenden Inflationsspirale in unserem Lande bereits fortgeschritten sind. Die Überschreitung der 7%-Grenze war symptomatischerweise von keinen öffentlichen Proteststürmen begleitet. Dieses Ereignis, und es *ist* ein Ereignis, versank fast «unbemerkt» in einem weit verbreiteten Inflationsfatalismus.

Man täusche sich nicht! Der Katzenjammer wird unweigerlich folgen. Erstens einmal hat man sich bewusst zu sein, dass die Schweiz das Ende der gegenwärtigen Teuerungswelle noch *nicht* erreicht hat. Eine leidenschaftslose und mit kühlem Verstand vorgenommene Analyse der Wirtschaftslage unseres Landes lässt den Schluss zu, dass sie noch von einer ganzen Menge inflationsvirulenter Liquidität angefüllt ist. Der Lebenskostenindex wird sich weiter in die Höhe schrauben; und es würde keineswegs erstaunen, wenn er noch in diesem Jahre die Marke von 8% erreichte.

Wenn man sich bewusst ist, dass in einem marktwirtschaftlichen System die Tarifautonomie der Sozialpartner als wichtiges Ordnungselement erhalten bleiben soll, die Lohnpolitik also in erster Linie über die Preispolitik beziehungsweise über die Stabilitätspolitik zu erfolgen hat, so folgt daraus, dass sich künftig auch die *Löhne und Gehälter* vehement weiter nach oben drehen werden. Solange das Stabilitätsbewusstsein keinen überzeugenderen Rückhalt in der Preispolitik – allgemein in einer Antiinflationspolitik – findet, wird man sich auch keine Illusionen über die Lohnentwicklung machen dürfen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Schweiz nunmehr an der Grenze einer eigentlichen «Cost-push-inflation» angekommen ist. Die *Kostenwirkung* der Lohnbewegungen wird sich immer deutlicher als preiswirksames Element durchsetzen. Und da sich die Preisbewegungen in einer *verstärkten* Form auf die Löhne übertragen – es wird bei den Lohnanpassungen mit Regelmässigkeit mehr als nur die Geldentwertung ausgeglichen (inflationär angeheizter Kampf um die Einkommensverteilung) – und da weiter die Lohnbewegungen den Preiserhöhungen ständig mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung folgen, birgt diese Situation die Gefahr der *Stagflation* in sich. Die Lohnbewegungen als Inflationsfaktor wirken dann über die eigentliche

Expansionsphase hinaus. Preissteigerungen setzen sich bei abnehmenden Wachstumsraten durch. Die Schweiz hat die besten Aussichten, diese Situation, die in andern Ländern schon besteht, ebenfalls zu erreichen.

Ein anderes Gefahrenmoment liegt in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Schweiz verborgen. Die Hilflosigkeit den rasch steigenden Preisen und Löhnen gegenüber fördert das Verlangen nach einer *Einkommenspolitik* im Sinne eines Lohn- und Preisstops. Auf den ersten Blick mag diese «Lösung» durchaus etwas für sich haben. Wird damit nicht der fatale inflationäre Circulus vitiosus ausser Kraft gesetzt, der die Löhne und Preise gegenseitig in die Höhe schaukelt? Wird nicht die Inflationsmentalität an einer empfindlichen Stelle getroffen und werden damit nicht die Inflationserwartungen schlagartig geändert?

Wer diese Folgerungen zieht, gibt sich allerdings einem verhängnisvollen *Irrtum* hin. Die Problematik, die hinter einem Lohn- und Preisstop steht, ist um einiges komplexer und komplizierter. Und es liegt heute genügend theoretisches und empirisches Grundlagenmaterial vor, um die Politik des Lohn- und Preisstops zuverlässig beurteilen zu können. Sie hat sich als in höchstem Masse fragwürdig erwiesen, und zwar vor allem aus zwei Gründen: einmal trifft sie nicht die Inflationsursachen, sondern nur eine ihrer Folgeerscheinungen, und sodann greift sie mitten in die Ordnungspolitik, verändert also die marktwirtschaftliche Ordnung in prinzipieller Weise.

Es gehört zu den unabdingbaren Voraussetzungen einer jeden marktwirtschaftlichen Ordnung, dass sich die Löhne und Preise *frei*, oder doch möglichst frei, bewegen können. Nur dann ist nämlich die Marktwirtschaft in der Lage, einen optimal arbeitenden Zuteilungsmechanismus zu garantieren. An der Basis des marktwirtschaftlichen Verteilungssystems liegt eine *flexible Preisordnung;* und erst die Preisbewegungen geben darüber hinaus an, ob und in welchem Ausmass in einer Wirtschaft überhaupt ein inflationärer Über- oder Unterdruck vorhanden ist. Mit einer Blockierung der Löhne und Preise wird also lediglich das Messgerät, das den inflationären Hitzegrad anzeigt, in seiner Funktionsweise gelähmt, nicht aber die inflationären Ursachen selbst ausgeschaltet. Die Wirtschaftspolitik verliert einen wesentlichen Beurteilungsindikator; sie wird bezüglich der Inflation orientierungslos, ohne dass bezüglich der Lösung des Inflationsproblems etwas gewonnen worden wäre. Die inflationären Ursachen dagegen setzen sich auf Schleichwegen auch gegen eine rigide Lohn- und Preisstruktur durch. Zur Skizzierung dieses Tatbestandes mag ein Beispiel genügen.

Blockierte Löhne erzeugen das Phänomen des sogenannten «*wage drift*», das heisst der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkte vollzieht sich nicht mehr über den Preis der Arbeitskraft, über den Lohn, sondern über lohnähnliche Einkommensbestandteile, die aber nicht direkt in die betriebliche Lohnrechnung eingehen. Es handelt sich um *Nebenleistungen* aller Art, die nun «plötzlich» eine gewaltige Ausweitung erfahren. Die Wirtschaft ist unter den Bedingungen eines Lohnstops in der Erfindung von versteckten Einkommensteilen äusserst phantasiereich. Und dies ist denn auch der Hauptgrund, weshalb das globale Einkommensvolumen, das für den Inflationsmechanismus al-

lein verantwortlich ist, selbst in Zeiten total eingefrorener Löhne «fröhlich» weiter steigt. Und dieses Phänomen hält so lange an, als stabilitätsgefährdende Ungleichgewichtslagen in der Wirtschaft vorhanden sind. Die Inflation sucht sich ihren Weg auch durch ein noch so dicht gespanntes Netz von Kontrollen. Deshalb wäre es wohl richtiger, mit einer entsprechenden Wirtschaftspolitik die Marktbedingungen so zu ändern, dass keine stabilitätsgefährdenden Ungleichgewichte mehr vorhanden sind. Wer aber einen Fieberkranken nur dadurch heilen will, dass er die Skala am Fieberthermometer ändert, darf sich nicht wundern, wenn seiner Therapie kein Erfolg beschieden ist.

Letztlich mündet die Frage eines Lohn- und Preisstops in die Gefilde der marktwirtschaftlichen *Ordnungspolitik*. Es ist zwar zutreffend, dass die Ordnungspolitik als Bezugsgrösse für das wirtschaftspolitische Handeln keinen allzu grossen Kurswert mehr hat. Die Sünden wider den Geist der Marktwirtschaft werden heute leichten Herzens begangen. Von dieser Tendenz macht auch die Schweiz keine Ausnahme. Nicht ordnungskonformer Interventionismus bedeutet in aller Regel die Einführung von diskriminierenden Kontrollen. Und die Konsequenz dieses Trends muss ein immer dichteres Netz von staatlichen Kontrollen und Reglementierungen sein, ein stets breiter werdender wohlstandspolitisch motivierter Interventionismus auch. Erstaunlicherweise geschieht dies alles nicht nur mit Duldung, sondern vielmehr mit aktiver Unterstützung jener Gruppe, die eigentlich das grösste Interesse an einer möglichst weitgehenden Erhaltung der marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien haben müsste, nämlich der *Unternehmer*. Lohn- und Preisstop bedeutet einen wesentlichen Schritt weiter auf dem Pfad, der von der Marktwirtschaft wegführt. Bevor er getan wird, sollten deshalb die Konsequenzen genau bedacht werden.

Willy Linder

DAS ANGELA-DAVIS-PHÄNOMEN

Präjudizierter Freispruch

In ihrem eigenen Land, den USA, hat der «Fall» von Angela Davis viel weniger Aufsehen erregt als in West- und Osteuropa. Als ihr Prozess im Gang war, wurden in Ost-Berlin Schulkinder veranlasst, Protestschreiben an Governor Reagan in Kalifornien zu richten; in westlichen Ländern wurde der Entrüstung in Versammlungen und mit Plakaten Ausdruck verliehen. Amerikanische Besucher in Europa wurden gesprächsweise oft um ihre Meinung über diesen Fall gefragt. Solche Fragen, obwohl nicht allzu tiefgründig, waren doch mit einer gewissen Besorgnis verbunden, wobei die Fragesteller wohl eine gesuchte Aufbauschung des Falles zu Propagandazwecken vermuteten, indessen durchblicken liessen, nach ihrer Meinung würden die Schwarzen in den USA im allgemeinen rauh und Angelas Fall ungerecht behandelt.

Dann erfolgte der Freispruch, die Feier mit den Geschworenen, Angelas

drohende Erklärungen, der Empfang durch ihren Mentor, Herbert Marcuse, Angelas Reise nach Moskau, ihre Überschüttung mit Preisen und Auszeichnungen usw. Für Osteuropäer, welche Natur und Zweck politischer Propaganda kennen und deshalb in solchen Angelegenheiten viel skeptischer sind als Westeuropäer, wurde der Angela-Fall bald als erledigt ad acta gelegt zu den vielen andern ähnlichen Protestaktionen (immer verbunden mit stets willkommener Schul- und Arbeitsfreizeit) für oder gegen den jeweiligen «Tageshelden». Im Westen bleibt aber Angela Davis, obwohl vom Tagesgeschehen abgerückt, eine ins Rampenlicht gesetzte Persönlichkeit, die wieder hervorgeholt werden kann bei irgendeiner späteren Gelegenheit, wenn ein Märtyrer benötigt wird zur Parade vor dem sogenannten Weltgewissen. Wenn so das Angela-Davis-Phänomen in Europa latent bestehen bleibt, warum wird ihm in den USA so wenig bleibende Aufmerksamkeit geschenkt? Statt den Prozessgang nochmals zusammenzufassen, wollen wir den Fall vom amerikanischen Standpunkt aus betrachten.

Kurz vor dem Prozess in Kalifornien fand ein ähnlicher in New Haven, Connecticut, statt, wo einige Schwarze Panther vor Gericht angeklagt waren, einen der ihrigen mit Namen Alex Sackey, den sie des Verrats an ihrer Sache bezichtigten, gefoltert und ermordet zu haben. In New Haven ist die Yale-Universität beheimatet. Monate vor den Prozessverhandlungen leiteten dort Studenten und Professoren ideologische Propaganda ein im Hinblick auf das kommende Gerichtsverfahren. Kingsman Brewster, Präsident von Yale und Glied einer jener New-England-Patrizierfamilien, welche «zur Revolution übergehen», wie manche französische Aristokraten es vor 1789 taten, erklärte in einer aufpeitschenden Ansprache vor den Studenten, die angeklagten Schwarzen Panther seien wegen ihrer Rassenzugehörigkeit von den Geschworenen und dem Richter zum voraus schuldig befunden worden, da «im heutigen Amerika ein Schwarzer kein gerechtes Urteil erwarten kann». Ich weiss nicht, welchen Widerhall Präsident Brewsters Rede in der europäischen Presse fand, aber in Amerika hatte sie die gleiche Wirkung wie beispielsweise eine kleinere Rede Hitlers: Jedermann wusste, dass Brewster eine ungeheuerliche Unwahrheit geäussert hatte, aber etwas davon blieb im Volksmund doch haften als bequemes Schlagwort. Tatsächlich wurden die angeklagten Mitglieder der Schwarzen Panther-Bewegung freigesprochen (trotz vorliegender überwältigender Beweise gegen sie) – wie nachher auch Angela Davis und später ebenfalls die Verteidiger in einem halben Dutzend ähnlicher Prozesse. New Haven hatte das Muster festgelegt, nach welchem Geschworene und Richter zu urteilen hatten. Auf diese Weise bewahrheitete sich Präsident Brewsters Aussage, allerdings nicht wie er es gemeint hatte: Kein Prozess gegen einen Schwarzen kann mit einem gerechten Urteil enden, weil Geschworene und Richter Angst haben, ihn zu verurteilen, weisse Mitglieder des Geschworenengerichts aus naheliegenden Gründen, schwarze Geschworene deshalb, weil sie solchen Racheakten noch weit gefährlicher ausgesetzt sind.

Toleranz gegenüber Terror aus Hilflosigkeit

Wenn man vom Fall «Angela Davis» spricht, bringt man das Problem eines

versteckten Schreckensklimas zur Sprache. Der Begriff der Freiheit in der amerikanischen Demokratie muss heute so verstanden werden, dass jeder Gewaltakt, von dessen Planung bis zur Tat selbst und von dort bis zur gerichtlichen Behandlung, mit einem andern Ausdruck bezeichnet und seine wahre Natur verleugnet werden kann. Er kann bezeichnet werden als «Protest gegen Unterdrückung», «Herausforderung der Polizei», «geistige Verirrung», «gerechtfertigte Antwort auf soziale Übel», «Ausdruck einer irregeführten Sehnsucht nach weltweiter Gerechtigkeit» usw. Die amerikanische Geisteshaltung ist übersättigt mit solchen Schlagwörtern, wenigstens soweit die öffentliche Diskussion in Frage steht; privat drücken die Leute über diesen Stand der Dinge ihre Furcht, ihr Entsetzen aus, gestehen aber meist ihre vollständige Unfähigkeit zu Gegenmassnahmen ein. Das trifft auch für die Polizeikräfte zu – vielleicht noch mehr als für die gewöhnlichen Bürger.

So ist das Angela-Davis-Phänomen neben den mit ihm verbundenen Schrekkensäusserungen eine soziale Angelegenheit, indem dadurch die vielfältige Gesellschaft kreuz und quer aufgeteilt wird. Würden wir es Terrorismus nennen wie das ähnliche Phänomen im zaristischen Russland nach 1879, so wäre die Diskussion darüber einfacher, weil sich der Brennpunkt auf eine ideologisch inspirierte Gruppe richten könnte, welche das Ziel verfolgt, durch Terrorakte die Staatsordnung ins Wanken zu bringen. Aber im heutigen Amerika besteht kein solcher Terrorismus, sondern eine dem Dschungelleben ähnliche Unsicherheit mit zufälligen Schlägen und Stössen mannigfacher Art, da die nachgebende Gesellschaft mit jeder neuen Aggression gegen ihre Glieder fortwährend neue Gelegenheiten zum Zuschlagen schafft. Ein weniger gewaltsames Beispiel möge als Illustration dienen: An den Wänden der New Yorker Untergrundbahn werden Plakatflächen unleserlich gemacht durch Überschmieren mit Farben. Da während Jahren gegen dieses Besudeln nichts unternommen wurde, dehnten die so ermunterten Schmierfinke ihre Tätigkeit auch auf das Innere der Untergrundbahn-Wagen aus. Nun suchte man einen Ausweg: überall wurden weisse Bogen angebracht, in der Meinung, die Schmierfinke würden dieselben an Stelle der bezahlten Propagandafelder benützen. Weit gefehlt: Zuerst wurden die Untergrundbahn-Wände vollständig beschriftet und bemalt, nun die Wagen innen und aussen, schliesslich Sitze, Rücklehnen, Decken, Türen, alles. Das «Machenlassen», welches auch eine Ideologie darstellt, lädt ein zu Unordnung und Chaos. Der Untergrundbahn-Benützer, umgeben von obszönen und andern Schmierereien und ungeschützt gegen diese Machenschaften, wird psychologisch vorbereitet auf tödliche Terrorakte, weil Täter und Opfer wissen, dass keine vorbeugenden und bestrafenden Massnahmen ergriffen werden. Wie Drew Middleton kürzlich in der «New York Times» bemerkte, legen Polizei und Armee-Handbücher Gewicht auf Zurückhaltung um jeden Preis (auch gegenüber organisierten Stadtguerillas), «um nicht die öffentliche Sympathie für die Terroristen zu wecken».

Besserstellung der Schwarzen

Wie der Leser sieht, sinkt der Fall der Angela Davis als solcher auf das Ni-

veau anderer, ähnlicher Vorkommnisse und lenkt nicht die Aufmerksamkeit der Amerikaner auf seine speziellen Aspekte. Die «weisse Gesellschaft» betrachtet ihn – abgesehen von der damit verbundenen Schreckenspsychose, welche er aber nicht schuf, sondern lediglich mit einem weitern Fall nährte – als Meilenstein auf dem Wege zu irgendeiner Lösung, mit welcher der den Amerikanern angeborene Optimismus rechnet. Die Anstellungsmöglichkeiten für Schwarze sind heute die gleichen wie für Weisse oder sogar noch besser, mit Ausnahme der Posten für spezialisierte Facharbeiter, gegen welche, wenn sie von Schwarzen bekleidet werden, in den Gewerkschaften immer noch ein Vorurteil besteht. Wenn in gewissen Gewerkschaften die Neger 30 Prozent der Mitglieder ausmachen, ist beizufügen, dass hievon nur ungefähr 5 Prozent gehobene Stellungen innehaben. Bei offenen Stellen im Lehramt und Erziehungswesen, in Staats- und Gemeindeverwaltungen findet eine stetig steigende Zahl von Schwarzen Berücksichtigung, sehr oft durch Anwendung eines zu ihren Gunsten manipulierten Quotensystems. Eine Fakultät der Columbia-Universität, im Bestreben, Schwarze an wichtigen Posten einzusetzen, ernannte einen *schwarzen Studenten* als *Dekan!*

Der schwarze Bevölkerungsteil ist verständlicherweise erfreut über die plötzlich veränderte Einstellung der Weissen, welche ihm finanzielle Besserstellung und höhere Einschätzung bringt. Das bedeutet anderseits nicht, dass die Schwarzen so naiv sind, um der hauptsächlich weissen Propaganda Glauben zu schenken, Angela Davis oder die Panther könnten heute in Amerika kein ehrliches und gerechtes Gerichtsverfahren finden. Der durchschnittliche Schwarze ist gegenwärtig patriotischer und hat mehr Vertrauen in die USA als der Weisse: der letztere, sofern etwas gebildet, fühlt sich mit der weiten Welt verbunden durch Reisen, familiäre Beziehungen und kulturelle Interessen. Die meisten Schwarzen dagegen, abgesehen von einer ganz dünnen Schicht in der höheren Gesellschaft, haben nur Amerika, dem sie sich zuwenden können, das sie kennen und von dem sie wirtschaftlich und kulturell abhängig sind. Während der Gerichtsverhandlungen in San José trugen die Schwarzen in ganz Amerika «freie Angela»-Abzeichen, aber in einer abzeichen- und schlagwortfreundlichen Gesellschaft ist das eine Mode, nicht Ausdruck einer tief verwurzelten Überzeugung. Angela Davis dagegen ist eine Universitäts-Lehrkraft, eine gebildete Person: sich mit ihr zu identifizieren bedeutet für den Schwarzen eine soziale Prestigefrage.

Verlust der «schwarzen Revolution»?

Allgemein gesprochen, kann unter der schwarzen Bevölkerung eine Art Malaise beobachtet werden hinsichtlich ihrer neuen Selbstbehauptung. Dieses Malaise hat mehrere Ursachen, der Fall Davis ist lediglich ein Symptom desselben. Objektive Gelehrte unter zukünftigen Historikern kommen vielleicht zum Schluss, dass die «schwarze Revolution» von Weissen gemacht worden sei. Diese Ansicht wird geteilt von empfindsamen schwarzen Führern, welche protestiert haben gegen die N.A.A.C.P. (Nationale Vereinigung für den Aufstieg von Farbigen), nicht etwa weil diese Vereinigung zu gemässigt sei, sondern weil sie unterstützt und geför-

dert wird von liberalen Weissen, meist Juden. Der Feldzug im Süden Mitte der sechziger Jahre für das Stimmrecht der Schwarzen wurde angespornt durch Studenten und vor allem auch durch Juden. Diese Entwicklung findet unter den Schwarzen immer noch eine negative Reaktion in Form antisemitischer Aussprüche, welche im «Stürmer» hätten gedruckt werden können. Unter den Schwarzen besteht weitgehend die Auffassung, die nachgiebige Haltung ihnen gegenüber sei das Werk von Juden und weissen Studenten – sie glauben, dass auf alle Fälle die Juden die Vorteile der ganzen Entwicklung einheimsen würden. Überdies ist das Entgegenkommen der Gesellschaft dazu angetan, dass ein stolzer Schwarzer eine Macht zur Überwindung der seiner Rasse gestellten Schwierigkeiten nicht zur Geltung bringen kann. Mit einiger Übertreibung könnte man sagen, die Weissen versklaven die Schwarzen erneut, dieses Mal mit offenbarer und unbegrenzter Umsorgung. So haben manche Schwarze den Eindruck, *ihre* Revolution sei ihnen weggenommen worden. Sie werden hieran erinnert durch fremde Schwarze in Afrika und Mittelamerika, welche besser gebildet und zielsicherer sind, stolzer und anmassender im Bewusstsein ihres eigenen kürzlichen Kampfes gegen den Kolonialismus.

Der Fall «Angela Davis» hat eine unerwartete Nebenfolge, welche nur am Rande mit dem Schwarz-Weiss-Problem verbunden ist. Bekanntlich gibt die junge Schülerin von Marcuse zu, dass sie Kommunistin ist; sie macht diese Tatsache bekannt von Moskau bis Havanna. Um ihre Wiedereinsetzung als Lehrerin an der Universität von Kalifornien zu vermeiden, beabsichtigte die Universitätsbehörde sie auszuschliessen unter Bezugnahme auf eine Gesetzesbestimmung, nach welcher kein Kommunist ein Lehramt ausüben darf an einem staatlichen Erziehungsinstitut in Kalifornien. Der Oberste Gerichtshof dieses Staates hat nun entschieden, die erwähnte Gesetzesbestimmung sei verfassungswidrig. Wenn dieser Entscheid nicht widerrufen wird, ist es wahrscheinlich, dass das kalifornische Beispiel auch von andern kommunistischen Professoren angerufen wird. Ein gesteigertes Prestige wäre die Folge für die junge schwarze Frau.

Bedeutet dies, dass sich eine Verbindung zwischen der kommunistischen Bewegung und der schwarzen Bevölkerung ergeben kann? In vereinzelten Fällen trifft dies zu. Allgemein gesprochen ist indessen eine solche Verbindung unwahrscheinlich. Wie auch in Afrika sprechen Ideologien die schwarzen Völker nicht an, sie sind keine Theoretiker. Gemütsbewegungen und extravertierte Einstellung stehen der Parteidisziplin und ihrem unerbittlichen System im Wege. Tatsächlich kann Angela Davis ihren Ruf unter den amerikanischen Schwarzen aufs Spiel setzen, wenn sie zu lange in der Gesellschaft von Breschnew, Ulbricht, Fidel Castro und Allende verbleibt – unter Weissen also und zudem *fremden* Weissen. Angelas Glanz kann verblassen wie derjenige von Eldridge Cleaver. Wir dürfen nicht vergessen, dass die amerikanischen Schwarzen in erster Linie Amerikaner sind und dass in diesem Land Ruhm schnell vergeht.

Thomas Molnar

SCHWEIZERISCHE ENERGIEDEBATTE

Energie- und Stromfrage aus der Perspektive der Gesamtentwicklung des Landes

Jeder Versuch einer Analyse muss mit einer Einbettung der Kraftwerksfrage in die Gesamtsituation des Landes beginnen. Die Schweiz hat seit dem Zweiten Weltkrieg ein fast kontinuierliches Wachstum zu verzeichnen. Dieses Wachstum in der Industrie, im Tourismus, im Verkehr, in den Dienstleistungsbetrieben wäre nicht möglich gewesen ohne die Eingliederung von immer mehr Gastarbeitern in den Arbeitsprozess. Deren Zahl ist heute bei 6 Millionen Einwohnern auf über eine Million angestiegen, und es bereitet die grösste Mühe, hier einen Stabilisierungs- und Normalisierungsprozess zu erreichen. Die Infrastruktur wurde in diesen Jahren gewaltig verbessert: Es wurden Autobahnen, neue Verkehrswege, Strassentunnels, Sportanlagen, ganze Feriendörfer und Touristenzentren, vor allem aber Hunderttausende von neuen Wohnungen gebaut. Im näheren und weiteren Umkreis der Städte entstanden stadtähnliche Siedlungen, und bald einmal entstand der Ruf und die Angstvorstellung von einer einzigen Mittel-Land-Stadt zwischen Zürich, Bern, Lausanne und Genf.

Das rasche, vielleicht zu rasche Wachstum der Wirtschaft mit den Konsequenzen einer Zersiedelung zu Wohnzwecken, einer vermehrten Landinanspruchnahme für Verkehr und Tourismus und einer Schrumpfung von Erholungsräumen schufen zusammen mit dem Problem der Assimilierung und des Zusammenlebens mit den fremden Arbeitskräften ein psychologisches Klima, das heute die politische Szene der Schweiz weitgehend beherrscht. Fast alle den Gesetzgeber in diesem Zusammenhang beschäftigenden neuen Aufgaben wie die Raumplanung, die Umweltschutzfrage, die langfristige Verkehrsplanung setzen letztlich ein Leitbild für die Zukunft voraus, das erst im Werden ist und das noch einen intensiven Denk- und Reifeprozess verlangt. Wenn heute von einem Teil der Bevölkerung der Bau von Kernkraftwerken und Hochspannungsleitungen bekämpft wird, so ist das Spektrum der Argumente viel breiter als früher: Geht es der einen um den Schutz der Landschaft, also um Beurteilungskriterien der Ästhetik und des Ermessens, so befürchten die anderen von der Kernenergie eine Verseuchung und Vergiftung der Atmosphäre, während eine dritte Gruppe nach einer kräftigen Bremse für das Wachstum sucht und einer vierten Gruppe jedes Mittel recht ist, um die gegenwärtige Wirtschaftsordnung und das vielgehasste Establishment in Schwierigkeiten zu bringen.

Heutiger Stand der Energiedebatte, neue Aufgaben der Werke

Diese Tatbestandsaufnahme deckt sich wohl in mancher Hinsicht mit der Situation in unseren Nachbarländern. Es kommt dazu aber eine Erschwerung, die sich aus der Praxis der schweizerischen direkten Demokratie ergibt, die

dem Volk auf der Stufe des Bundes, der Kantone und der Gemeinden einen Einfluss auf die Gesetzgebung und die Verwaltung gibt, der immanent ist und viele irreale Komponenten enthält. Daraus kann sich eine echte Bedrohung des Rechtsstaates ergeben, die einen Schatten auf das vielgerühmte System einer Demokratie wirft, bei der der Bürger immer wieder in das Geschehen direkt eingreift. Neuerdings sind sogar *Probe-Abstimmungen* Mode geworden – eine Neuerfindung auf dem Gebiet der Behördenmanipulation –, um auf Verwaltungsakte wie zum Beispiel die Erteilung einer Baubewilligung für ein Atomkraftwerk durch den dafür allein zuständigen Gemeinderat von Kaiseraugst Einfluss zu nehmen. Zu diesen problematischen Versuchen, die Gewaltentrennung faktisch aus den Angeln zu heben, gehört beispielsweise auch die Unterschriftensammlung gegen die Aufhebung der Kavallerie, mit der das Parlament, das für die Kavalleriefrage allein zuständig ist, bereits erfolgreich unter Druck gesetzt wurde. Als weiteres Beispiel sei auf die bei der Einführung des Frauenstimmrechtes in einzelnen Gemeinden verlangte Durchführung von Probe-Abstimmungen der Frauen hingewiesen, die dem gleichen Zweck einer mehr oder weniger sanften Pression auf den Souverän zu dienen hatten.

Angesichts der politischen Brisanz der ganzen Energiefrage ist es von ausserordentlicher Bedeutung, dass der schweizerische Energiewirtschafts-Minister in der Sommersession der eidgenössischen Räte bei der Beantwortung einer Interpellation ausdrücklich erklärte, es sei Aufgabe der Werke, das *psychologische Klima dafür zu schaffen, dass der Bürger den Bau von Atomkraftwerken akzeptiere.* In ähnlichem Sinn äusserte sich inzwischen auch der Direktor des Energiewirtschaftsamtes mit der Bemerkung, es könne nicht Aufgabe der Fachleute des Bundes sein, sich in einen aufreibenden und auf die Dauer zu viele Kräfte beanspruchenden Kampf mit der militanten Opposition gegen den Bau von Kernkraftwerken einzulassen. *Die Behörden müssten sich in Zukunft mehr auf ihre Rolle als Schiedsrichter beschränken, der die Leitlinien für die schweizerische Energiepolitik abstecke. Es sei Aufgabe der Werke, das Gespräch mit der Bevölkerung zu führen und diese von der Richtigkeit der heute so heiss umstrittenen Versorgungskonzeption zu überzeugen.* Bei Beantwortung verschiedener Interpellationen im Nationalrat kristallisierte sich mit aller Deutlichkeit heraus, dass der Bundesrat jedoch keineswegs daran denkt, den Werken die Verantwortung für die Stromversorgung abzunehmen. Auch den vor einigen Jahren von den grossen Produktionswerken in Aussicht genommenen direkten Sprung von der Wasserkraft zur Atomenergie, also den Verzicht auf ölthermische Erzeugung, hält der Bundesrat nach wie vor für richtig.

Nach dem im Jahr 1971 überraschend ausgesprochenen Veto für die Flusswasserkühlung will der Bundesrat durch den Einsatz wissenschaftlicher Fachkommissionen zwar alles in seiner Macht Stehende tun, um die Lösung mit Kühltürmen als vorläufig einzig praktikablen Weg einer Realisierung näher zu bringen: Den Souverän von diesem Konzept zu überzeugen und andere, in der Öffentlichkeit in verwirrender Zahl angebotene Alternativen, wie etwa «Stromproduktion aus dem Grönland-Eis, aus Sonnen-Energie-

Kraftwerken in der Sahara, die Verwendung des Windes zur Stromproduktion, die Benutzung von Stauseen in den Alpen oder die Schaffung künstlicher Seen im Mittelland zu Kühlzwecken», ad absurdum zu führen, wird aber als Aufgabe und Pflichtübung der Werke deklariert. Um das Bild abzurunden, ist hinsichtlich der behördlichen Energiepolitik noch zu ergänzen, *dass der Bundesrat sich wiederholt gegen die Idee einer künstlichen Stromeinschränkung als Wachstumsbremse für die Wirtschaft ausgesprochen hat. Vom Übergang zur Kernenergie verspricht er sich insbesondere eine weniger grosse Auslandsabhängigkeit in der Gesamt-Energieversorgung des Landes, deren Last zurzeit mit über 80 Prozent vom Öl und den flüssigen Brennstoffen getragen wird.* Schliesslich geniesst auch der Import von Erdgas und der Bau von Erdgas-Verbundleitungen nach dem Vorbild des europäischen Strom-Verbundnetzes die volle Billigung der Bundesbehörden, weil damit die Diversifikation im Energiesektor gefördert wird. Von Bedeutung ist aber, dass der Anteil der Gasversorgung mit 1–2 Prozent trotz spektakulärer Propaganda äusserst klein bleibt, so dass zum Beispiel kein Erdgas für die Stromerzeugung zur Verfügung steht, während immerhin die Elektrizität an die Gesamt-Energie-Versorgung einen Anteil von 15 Prozent beisteuert.

Krux und Vorteil des Elektrizitätsföderalismus

Wie lösen die Werke angesichts dieser Situation und der von keiner Seite bestrittenen Prognose, dass ohne den raschen Bau weiterer Kernkraftwerke mit Kühltürmen eine Strom-Versorgungskrise spätestens Ende der siebziger Jahre mit Sicherheit zu erwarten ist, ihre Aufgabe? Zu beachten ist bei Lösung dieser Aufgabe die Unternehmungsstruktur der Werke und das Fehlen einer Einheitsgesellschaft wie etwa in Frankreich, Italien oder England. *Es kann also auf seiten der Werke nicht einer einzigen Kommandozentrale der Auftrag für eine landesweite Informations- und Public-Relation-Kampagne erteilt werden.* Vielmehr geht es bei der gestellten Aufgabe um weit mehr als um blosse Vertrauenswerbung für die Elektizitätswerke, deren perfekte oder nahezu perfekte Dienstleistung bis jetzt nie bestritten war und die in der Bevölkerung hinsichtlich Sicherheit und Preiswürdigkeit der Lieferung einen nahezu unbeschränkten Kredit geniessen. Dies obwohl oder vielleicht gerade deshalb, weil sich in der Schweiz Hunderte von Gemeindewerken, von kleinen Genossenschaften, von Kantonswerken und Stadtwerken in diese Dienstleistung teilen, während die Produktion einem Dutzend grosser regionaler Unternehmungen anvertraut ist, zu denen übrigens auch die SBB und einige Stadtwerke gehören. *Dieser Elektrizitätsföderalismus ist bei der gestellten Aufgabe eine Hilfe, zugleich aber auch eine Erschwerung.* Eine Erschwerung, weil der Bürger von Kaiseraugst oder Leibstadt, von Rüti oder Graben, der in seiner Gemeinde keine Kühltürme von über 100 m Höhe dulden will, unter Umständen durch Verweigerung der gemeinderätlichen Baubewilligung den Bau eines für die Versorgung des ganzen Landes lebenswichtigen Kernkraftwerkes verhindern oder zum mindesten zeitlich stark verzögern kann. Eine Hilfe, weil eine politische Machtzusammenballung, wie sie bei einem

einzigen Staatsunternehmen für die Stromversorgung wohl unvermeidlich wäre, nicht zu befürchten ist und das Verhältnis von Bürger und Stromkonsument zu seinem Lieferwerk nicht negativ beeinflussen kann.

Die Lösung der Versorgungsaufgabe bleibt jedoch unter Annahme der bisherigen Aufgabenteilung zwischen Staat undElektrizitätswerken schwierig genug. *Beschränkt sich der Staat beim Bau von Kernkraftwerken weiterhin auf seine Schiedsrichter-Rolle, wie sie ihm vom Gesetzgeber tatsächlich zugewiesen ist, so kann es schon in einigen Jahren zu einem ernsten Engpass in der Stromversorgung kommen. Denn in der Zwischenzeit werden jährlich 60000 bis 70000 neue Wohnungen gebaut, geht der Ausbau der Verkehrsanlagen, von Strassentunnels mit Lüftungs- und Beleuchtungseinrichtungen ständig weiter, entstehen neue Schulhäuser, Turnhallen, Schwimmbäder, Gemeindezentren.* Es wäre also an der Zeit, im Hinblick auf diesen durch den Ausbau der Infrastruktur ausgewiesenen Mehrverbrauch von jährlich 4–5 Prozent sich schon jetzt mit den praktischen Möglichkeiten einer allgemeinen Energie-Rationierung zu befassen. Mit einem Ausweichen von der Elektrizität auf Öl und Gas oder mit vermehrten Stromimporten wäre das Problem nicht gelöst, weil das zu einer fast hundertprozentigen Auslandsabhängigkeit in der Energieversorgung führen müsste.

Man mag die Sache drehen wie man will: es geht hier um gesellschaftspolitische Entscheidungen, die letzten Endes das freiheitliche, auf Wettbewerb eingestellte System aller Energieträger in Frage stellen und die so oder so nach einer staatlichen Intervention in der Energiewirtschaft rufen. Man bewegt sich in einem eigentlichen Teufelskreis, wobei man bis heute alles andere als von einer «informierten Gesellschaft» sprechen kann. Sollen die Elektrizitätswerke beispielsweise durch eine neue Anschluss- und Tarifpolitik neue Verbraucher abschrecken und die bisherige Konsumfreudigkeit zu dämpfen versuchen mit dem Erfolg, dass dann der Wärmebedarf für das Kochen, die Heisswasserzubereitung und das Heizen ganz auf Öl und Gas verlagert wird? *Es soll damit nur angedeutet werden, dass die Energiefrage aufs engste mit der Frage des Wirtschaftswachstums* und den immer höheren Konsumansprüchen verknüpft ist. Wie also sollen die Werke den Auftrag des Bundesrates erfüllen und das Klima dafür schaffen, dass der Stromkunde und Bürger den Bau von Kernkraftwerken akzeptiert? Diese zentrale Frage ist nur durch die Mobilisierung der politischen Parteien, der in der Schweiz zahlreichen Konsumenten- und Abonnentenverbände, aber auch durch eine in die Öffentlichkeit getragene Solidarität der Verteilwerke mit den grossen Produktionswerken zu lösen. Die Beseitigung der Atom-Angst und der Furcht vor dem Untergang des Raumschiffes Erde kann nicht allein Sache der Elektrizitätswerke sein. Ist es nicht höchst bemerkenswert, dass die Bevölkerung der Stadt Zürich die regelmässigen Ankündigungen über einen als Übung durchgeführten Katastrophenalarm für den Fall des Dammbruches des Sihlsees ohne jede Reaktion hinnimmt, dass die vielen Staumauern der Speicherwerke bei der Talbevölkerung überhaupt keine Angstgefühle hinterlassen, dafür aber ein Buch wie die «Sanften Mörder», als welche die Atomkraftwerke apostrophiert werden, zu einem Bestseller wird?

Neue Energiekonzeption mit gesellschaftspolitischen Akzenten

Zusammenfassend ist also festzustellen, dass die schweizerische Energiedebatte zurzeit stark gesellschaftspolitische Akzente aufweist. Sie steht ganz im Bann einer Umweltschutz-Diskussion, die starke Zweifel an einem unbeschränkten Wirtschaftswachstum geweckt hat, ohne dass man sich bewusst wäre, was das für unsere Gesellschaft bedeutet. *Der Vorschlag, den Elektrizitätskonsum als Wachstumsbremse zu benützen und die Lieferpflicht mit einer Strom-Rationierung zu vertauschen, hat zwar bis jetzt kein rechtes Echo gefunden.* Er spielt aber hintergründig im Kampf gegen den Bau von Kernkraftwerken eine Rolle. Nach dem Bau von drei Kernkraftwerken mit Flusswasserkühlung, der keiner nennenswerten Opposition begegnete, ist nach dem Veto des Bundesrates gegen dieses Kühlsystem eine Kühlturm-Diskussion entstanden, die im Fall von Kaiseraugst vorläufig zu einer Ablehnung der Baubewilligung durch den zuständigen Gemeinderat geführt hat.

Dieser Testfall wird eine Überprüfung des schweizerischen Atomenergierechtes und insbesondere der Frage, ob Bundesrecht kantonales beziehungsweise Gemeinderecht zu brechen vermag, nötig machen. Der Richter hat also schon in allernächster Zeit die Frage zu beantworten, ob die Anwendung und Durchsetzung des eidgenössischen Atomenergiegesetzes durch Verweigerung einer kommunalen Baubewilligung illusorisch gemacht werden kann. Je nach dem Ergebnis wird der Gesetzgeber die Kompetenzen des Bundes im Atomenergiegesetz verstärken müssen, wie überhaupt voraussichtlich als Folge der Umweltschutz-Bestrebungen eine verstärkte Einflussnahme des Staates im Bereich der bisher freiheitlich organisierten Energiewirtschaft unvermeidlich sein wird. Aufgabe der Werke wird es sein, in einer noch recht wenig geklärten Situation voller Widersprüche und Kontroversen über die zukünftige gesellschaftpolitische Entwicklung dem Bürger und Energiekonsumenten ein Maximum an objektiver Information zu bieten. Dabei darf aber nie vergessen werden, dass die Werke einen öffentlichen Auftrag erfüllen, also Diener und Vollstrecker der Wünsche ihrer Auftraggeber sind. Sie sind Teil einer Welt, die sich in sichtbarer Wandlung befindet und zu der auch Proteste gegen die Überfluss- und Wohlstandsgesellschaft und die Angst vor einer übersteigerten Technik gehören. Noch zeichnen sich keine Umrisse einer neuen Lebensphilosophie ab. Es ist aber eminent wichtig, dass auch die Werke an diesem Gärungsprozess teilnehmen, dessen Kenntnis in Zukunft ebensosehr zum Management gehören wie eine gute Personalführung und die Ingenieurkunst.

Fritz Wanner

DIE DONAUESCHINGER MUSIKTAGE 1972

Schon zum zweitenmal standen die Donaueschinger Musiktage diesmal unter der Programmgestaltung von Otto Tomek. Beschränkten sich die Veranstaltungen in früheren Jahren auf die zwei, drei Uraufführungskonzerte, die in ihrer Aneinanderreihung der Kompositionsaufträge doch meistens zufällig wirkten, so wird nun versucht, dieses Weekend der avantgardistischen Musik unter ein Thema zu stellen. Diesmal stand Donaueschingen unter dem Zentralmotto «Intermedia», als – wie es das Programmheft nannte – «Miteinander von Klang und Farbe». Dabei wurde der «gleichzeitige Appell an Ohr und Auge» anvisiert und auch in einer ausdrücklichen «Hommage à Alexandre Skrjabin» an den hundertsten Geburtstag des Komponisten erinnert, der zu Anfang dieses Jahrhunderts davon träumte, Klang und Licht in seiner symphonischen Dichtung «Prometheus» in eine auskomponierte Beziehung zu setzen. Ein reichlich beschränkter Programmheftaufsatz hakte sich bei Bühnenanweisungen Hofmannsthals zur «Elektra» und Arnold Schönbergs zu «Die glückliche Hand» fest, unterliess es aber unverständlicherweise, darüber nachzudenken, welche Möglichkeiten sich heute solchen Konkordierungen von Optischem und Akustischem denn überhaupt bieten könnten. Die zwanzig Produktionen dieser Musiktage legten denn auch mit unterschiedlichstem Materialeinsatz dar, ob die praktischen Ergebnisse der «visiblen Musik» von heutzutage die kühnen Ahnungen von damals tatsächlich so himmelhoch überragen, wie man das von den nun beinahe unbegrenzten Mitteln erwarten könnte.

Der Argentinier *Alcides Lanza* gab mit drei Werken gleich einen Werkstatteinblick. In den uraufgeführten «Penetrations VI for voice, chamber ensemble, lights, electronic sounds and electronic extensions» bleiben die Zusammensetzungen der Rot-violetten-Farbprojektionen dezent-koloristische Arrangements zu den klingenden Music-Hall-Floskeln der als Femme fatale auftretenden Meg Sheppard. Bei «Ekphonesis II for voice and pianist, with slide projections, electronic sounds and electronic extensions» wird mit Klang, Farbe, Projektion und Requisiten die Probe zwischen einer Operndiva und ihrem Korrepetitor – und dazu zu Anfang dieses Jahrhunderts – zu eigentlich musikalischem Kabarett. In «Eidesis II for 13 instruments» von 1967, hoch espressiv, mit subtilen Ausformungen, beschränkte sich der Musiker aufs Akustische und zeigte sich als gewiegter Kenner der Instrumentalformeln der Post-Webernschen Zeit.

Als Künstler-Porträt wirkten auch *Jan W. Morthensons* drei Filme des WDR-Fernsehens. Der zweiunddreissigjährige Schwede versucht in «Supersonics», einer «audiovisuellen Komposition», eine Kombination von Computer-Synchronklängen mit telemetrischen Signalen. «Auf der Suche nach neuen Bildern» ist gewissermassen Werkkommentar zu «Lux Sonora», bei dem sich die Forderung nach «Transparenz des Fernsehens» mit dem – offenbar nicht ironisch gemeinten – Bibelspruch vom Licht, das da werde,

zu einem kaum mehr ästhetisch qualifizierbaren Mystizismus verschlingt.

Als Riesen-Porträt – von fünfviertelstündiger Dauer – gab sich die im Auftrag von WDR und SWF durch «Ifage» produzierte Filmcollage *Hans G. Helms:* «Birdcage –73'20.958" for a composer» mit Person, Umgebung und Musik von *John Cage*. Sie vermischt Aussagen des Komponisten über sich, seine Musik, deren Wirkung – oder auch Wirkungslosigkeit – mit Filmeinblendungen aus frühen Donaueschinger Tagen und Tanzproben Merce Cunninghams. Imposant ist vor allem die optische Darstellung der «Winter Music», nun einmal in der Version für achtzehn Flügel. Aber in dieser Zubereitung unverbindlich blieb Cages Meinung, dass (seine) Musik die Revolution in der Gesellschaft vorantreiben könne: das war ein (gesprochener) Zeitschriftsatz und blieb ohne optisch-filmische Konsequenz. «Birdcage» ist ein Künstlerfilm, bei dem Vögel, Personen, Strassenlärm und Natur abfotografierte Aperçus bleiben und Kracauers hier zitiertes Wort, wonach die Wirklichkeit eine Konstruktion sei, als Verbalzitat belassen: ein «Vogel-Käfig» der geschönten Blautöne und der hier harmonisierten Sanftklänge. Ein Revolutionär der musikalischen Ästhetik war da zu einem «visualisierten Musiker» zurechtgeschnitten worden – und damit bereits zum Klassiker stilisiert.

Als revolutionär wirkendes, das meint: das Publikum aus seiner Konsumenten-Lethargie aufscheuchendes Spektakel war offenbar *Dieter Schnebels* «Réactions II» beabsichtigt. In *Werner Bätschis* Version für acht Vokalisten blieben sie aber ein akustischer Artikulationskatalog vom Schreien und Schnalzen bis zum Händeschütteln und Fingerschnippen auf erhöhtem Podium, wie sie heutzutage kaum mehr von einem drittklassigen Kabarettisten vors Publikum gebracht werden könnten. Doch wie die Mitglieder des *Zürcher Kammersprechhors* ins Parkett stiegen und die Zuhörer zur Imitation animierten, leisteten diese passiven Widerstand: die Ausweitung in «schaubare» und damit bereits «agierende» Musik versagte. Als Schweizer Kulturexport wirkte das Unternehmen hilflos und dürftig und musste vor der programmierten Zeit abgebrochen werden: «visible» Musik von der langweiligsten Gestalt.

Aufs Podium – und auch weitgehend aufs Akustische – beschränkte Aktion war *Peter Ruzickas* «Feed Back für vier Orchestergruppen». Die vom vierundzwanzigjährigen Düsseldorfer in einem ausführlichen Werkkommentar festgehaltenen «Rückkopplungen» sind kompositorisch-musikalisch nachvollziehbar. Diese achtgliedrige Orchestralpartitur von halbstündiger Dauer verrät den metiersicheren Ton-Zusammensetzer, der die Instrumentalfloskeln des letzten Jahrzehnts zu kurzatmigen, kontrastfarbigen Konstellationen zu verweben versteht. Wie aber die Orchestermusiker sich mit Notenblättern zu bewerfen begannen, manche vom Podium abzogen und einer dem Dirigenten die Partitur entwendete, wurde jedem offenbar, um wieviel stärker doch das klingende Œuvre – vor allem auch wegen der Obhut des von Ernest Bour subtil instruierten Sinfonieorchesters des Südwestfunks – gewirkt hatte.

Durchgehend auf Akustisches zog sich *Dieter Kaufmanns* «Concertomobil» für Violine, Orchester und Tonbänder, op. 18, zurück. Von Material und Anlage her war – so der Komponist – dieses «Porträt eines Violinkon-

zerts» tatsächlich eine «Symphonie aus der Alten Welt»: dreisätzig, mit Zitaten aus Berg und Mahler, verschleierten die tonalisierenden Schlüsse die vom Komponisten angestrebte Reflexion über «Tugend und Untugend des totalen Wettbewerbs». Obwohl «zum Grossteil aus bereits verdauten musikalischen Stoffen gestaltet – Müllverwertung», wird hier der Kampf zwischen Solo und Orchestertutti akustisch nicht zur Anschauung gebracht. Es ist – über des Autors Absicht hinweg – eben eine Fortsetzung der Violinkonzerttradition und nicht deren Decouvrierung. Sascha Gawriloff spielte seinen Part, technisch hinreissend und mit blühendem Ton, als wäre es vom Komponisten auch gar nicht anders gemeint.

Wieder dem Donaueschinger Motto verbunden gab sich *York Höller* in seiner «Décollage», der Musik zu «Light Sound-Sound Light» von *Peter Sedgley*, für zwei Sprechchöre, elektrische Gitarre, elektrisch verstärktes Cello, elektronische Orgel und Tonband. Die Beziehungen zwischen Farbprojektionen und Tonchiffern blieben bei stereotypen Zeitübereinstimmungen stecken. Dem Sprechertext, dass man nichts höre, was man nicht schon gehört habe, entsprachen zwei wörtliche Skrjabin-Zitate. Doch wie die Sprechchoristen sich zu Tanzbewegungen aufs Podium schwangen, wurde die Vorlage zu dürftigster Eurythmie versimpelt: Erlösungskunst der Nachwagner-Zeit und abgestandener Expressionismus vermischten sich zu Kunstgewerblerei – und lagen damit meilenweit hinter dem zurück, was sich Skrjabin unter «Intermedia»-Bezügen zwischen Akustischem und Optischem vorgestellt haben mochte.

Scheinbar auf Klingendes beschränkten sich *Luc Ferraris* «Akustische Spielformen». Als «Porträtspiel» in Donaueschingen mit dem «Karl-Sczuka-Preis des Südwestfunks 1972» gerade deshalb ausgezeichnet, weil es «musikalische Materialien und Strukturen» benütze, wurde es bei «realistischem» akustischem Baumaterial – wie Gesprächsfetzen, Interviewteilen, Naturgeräuschen – wieder im Bedeutungsmässigen und damit Bildhaften belassen: die – scheinbare – Autonomie des Akustischen wurde eben mit Akustischem überschritten.

Bezugslos auf Akustisches reduziert blieben seltsamerweise ausgerechnet die Rahmenproduktionen der diesjährigen Donaueschinger Musiktage. Obwohl das «Sound Environment» des Ensembles «New Phonic Art» und die «London Music Now» des «London Jazz Composers' Orchestra» von verschiedenen Material- und vor allem Stilpositionen herkommen, liessen sich zwischen ihnen Vergleiche anstellen. Bei jenem wirkte das Gruppenmusizieren überaus differenziert in Rhythmik, Dynamik und Klangdichten und schien sich stellenweise – trotz der improvisatorisch-freien Textur – an geradezu klassischen Formprinzipien zu orientieren. Hier zeigten *Barry Guys* uraufgeführte «Statements Nr. 3» geradezu symphonistische Spannungs- und Entwicklungszüge, die – bei einer Dauer von 45 Minuten – an Bergsche Formdispositionen erinnerten.

Neben der einen Tendenz, eben der der visualisierten Musik, gab es noch – wenn auch nicht programmatisch festgehalten – eine zweite: die des – wie auch immer verstandenen – Künstlerporträts; also: neben dem Zug zur «Objektivierung», zur «Verding-

lichung» der Musik der der «Individualisierung», der der «Privatisierung» auch. Ginge es – wie in den fünfziger und frühen sechziger Jahren – in der Entwicklung der musikalischen Avantgarde nur – oder zumindest vor allem – nach Donaueschingen, so liesse sich diagnostizieren, dass in naher Zukunft in der Musik wiederum Persönlichkeit, Eigenheit, vielleicht auch Eigentlichkeit erlaubt seien – oder sogar gefordert werden. Doch für 1973 vorerst wendet man sich noch Allgemeinverbindlichem zu: im Anschluss an die Musiktage sollen – dann in zweijährigem Turnus aufgenommen – als ein Wochenkurs die «Donaueschinger Praktika für Neue Musik» angehängt werden und sich im ersten Jahr nun einmal mit Notationsproblemen befassen –, und sie dürften nach wie vor und immer mehr zum Ausserindividuellsten an der Musik getrimmt werden.

Rolf Urs Ringger

DIE GEISTESWISSENSCHAFTEN IM DIENSTE DER GESELLSCHAFT

Anlässlich ihres 25jährigen Bestehens veranstaltete die Schweizerische Geisteswissenschaftliche Gesellschaft in Bern im Rahmen einer Ausstellung Vorträge, Rundgespräche und Diskussionen, deren Abschluss und Höhepunkt die öffentlichen Kolloquien (28. Oktober 1972) in der Universität Bern bildeten. Verwiesen die Ausstellung und die zu diesem Jubiläum publizierte Festschrift vornehmlich auf Entstehung, Organisation und bisherige Leistungen dieses Dachverbandes und der 28 in ihm vereinigten Mitgliedgesellschaften, so sollte den Kolloquien eher die Aufgabe einer Standortbestimmung zukommen, stand doch über zwei Hauptveranstaltungen und je fünf gleichzeitigen, wenn auch nicht gleichermassen themabezogenen Gesprächen als beziehungsreicher Titel «Geisteswissenschaften und Gesellschaft».

Wissenschaft und Gesellschaft

Betrachtet man geisteswissenschaftliche Arbeit in umfassenderem Horizont, indem man sie mit *Gerhard Huber* (Zürich) in griechischem Sinn als Wissenschaft definiert, die versuche, das, was ist, um seiner selbst willen zu erkennen, so lässt sich der heute umstrittene Bezug zur Gesellschaft säuberlich umreissen: Wissenschaft beruht einerseits ihrer Möglichkeit nach darauf, dass es Wahrheit gibt, die erkannt werden kann, und anderseits ihrer Wirklichkeit nach darauf, dass es eine Gesellschaft gibt, welche Wissenschaftler für das Geschäft der Wahrheitssuche freisetzt.

Allerdings beschränkte sich bei der ersten, grundlegenden Hauptveranstaltung der Philosoph Huber in seinen einleitenden Thesen nicht darauf, diese in

der Zweckfreiheit begründete Dignität der Wissenschaft gegenüber den andern menschlichen Tätigkeiten zu feiern, sondern betonte sogleich die in Wirklichkeit eingetretene Abwendung der neuzeitlichen Wissenschaften vom griechischen Ideal, die Interesseverlagerung auf das Messbare und die damit gekoppelte Eingliederung der aktuellen Wissenschaft in die technische Struktur der Gesellschaft: die Wissenschaft ist zur Existenzbedingung und zugleich zur Existenzgefährdung der Gesellschaft geworden. Darum forderte Gerhard Huber, dass die Wissenschaften bei technischer Anwendung «primär in den Dienst der Erhaltung des Lebens auf der Erde» gestellt, im Rahmen einer auf das gesellschaftliche Gesamtinteresse ausgerichteten Wissenschaftspolitik vom Staat selektiv gefördert und in eine möglichst umfassende, sinnbezogene Aktivität wie szientiv-intellektuelle Rezeptivität entwickelnde Menschenbildung einbezogen werden. Wissenschaftliche Wahrheiten gewännen ihre menschliche und gesellschaftliche Bedeutung nur innerhalb des umfassenden Lebenszusammenhangs, müssten sich dem umfassenderen Wahrheitszusammenhang einordnen, innerhalb dessen wissenschaftliche Wahrheit erst relevant werde, denn Wissenschaft sei nicht die höchste Instanz, da sie nur das Erkannte, nicht aber das Seinsollende zu vermitteln vermag.

Im anschliessenden Podiumsgespräch, zu dem neben Soziologen (H. Ruh, Bern; H. J. Hoffmann-Novotny, Zürich) auch Naturwissenschaftler (W. Känzig, Zürich; H. Pauli, Bern) beigezogen wurden, verschärfte sich die Forderung nach dem Bezug der Wissenschaft zur Gesellschaft. Hoffmann sieht im Interesse der Gesellschaft, die, um auch inskünftig funktionieren zu können, nicht nur logisch-empirischer, sondern operationaler Wahrheiten bedürfe, eine öffentliche Kontrolle der Wissenschaft kommen, mit Hilfe von allerdings noch explizit zu machenden Kriterien. Gegen solche staatliche Kontrolle, die Känzig angesichts der bereits etwa 7 Millionen Wissenschaftler ohnehin für undurchführbar hält, wurde in aller Entschiedenheit das Postulat einer Selbstkontrolle der faktisch (dank der selektiven und noch massiv zu verstärkenden staatlichen Förderung) bereits im Griff des Staates stehenden Wissenschaften erhoben. Die Wissenschaft, insbesondere auch die Naturwissenschaften, die auch aus medizinischer Sicht (Pauli) einen eher primitiven Wahrheitsbegriff kennen, nämlich die Richtigkeit, die Übereinstimmung von Aussage und Experiment, müssten, wie der Gesprächsleiter Th. Gelzer (Bern) zusammenfasste, in Beziehung treten zum vorwissenschaftlich-lebendigen Bereich des grösseren Wahrheitszusammenhanges, der, wie Huber präzisierte, nur dadurch aus der Gefahr des Irrationalwerdens gehalten werde, dass man ihn mit Methoden, die noch nicht in Einzelwissenschaften entspringe, vernunft- und ethikbezogen zu klären begänne.

Bildungsforschung und Bildungspolitik

Aus der Reihe der auf die Hauptgespräche folgenden Kolloquien («Philosophie und Mittelschule»; «Bergung und Schutz archäologischer Denkmäler»; «Germanistik heute und morgen»; «Geisteswissenschaften im Dienste Graubündens».) sei dasjenige von wohl allgemeinster Bedeutung her-

ausgehoben: «Bildungsforschung und Bildungspolitik». Bereits im erwähnten Vortrag von G. Huber kam die Gefährdung umfassender Menschenbildung durch einseitige Verwissenschaftlichung, die den im historisch-konkreten Moment lebenden, vernunftbestimmten Menschen in seinem Bezug zum Religiösen, Künstlerischen, Philosophischen und Politischen verkenne, zur Sprache. Solche Tendenzen seien aber, wie W. von Wartburg (Basel) als Diskussionsleiter vorausschickte, bei der wissenschaftlichen Grundlegung der Pädagogik wahrzunehmen, wo sie besonders verheerend wirken könnten, da der Gegenstand im Unterschied zu den recht klar fasslichen Objekten anderer Wissenschaften für den Pädagogen nie ein «Objekt» sein dürfe. Aus solcher Sicht liesse sich vielleicht Innenweltsschutz als ebenso dringlich erklären wie Umweltsschutz, zumal, pointiert gefragt, nicht sicher sei, ob nicht infolge der weit fortgeschrittenen Innenweltszerstörung soviel Umwelt zerstört werde.

In einem *al fresco* gehaltenen Kurzvortrag umriss danach H. Aebli (Bern) die Aufgaben von Bildungspolitikern einerseits und Bildungsforschern anderseits. Bildungsforschung könne sich im Kern nur auf das Vorliegende, sozusagen die «Natur», nicht aber auf das zu Schaffende, die «Kultur» beziehen. Mit den ihr eigenen Methoden der Statistik erfasse sie die komplexen sozialen und psychologischen Realitäten nicht exakt. Wichtiger seien die Zielfragen, die Leitvorstellungen, die der Bildungspolitiker aufgrund der vom Bildungsforscher bestenfalls über das zu Erwartende erhältlichen Informationen gewinnen und in praktisch umsetzbare Verordnungen ausprägen soll. Von innen her, vom Ziel, dem Menschen in seiner geistigen Verpflichtung, wies sodann M. Müller-Wieland (Zürich) im zweiten Kurzvortrag den Rahmen für Bildungsforschung und Bildungspolitik auf, indem er die moderne Bildungswissenschaft zwar als konsequente Antwort auf den Ruf der Bildungspolitiker nach klarer pädagogischer Zielsetzung begriff, ihr aber, das heisst, ihren geltenden quantifizierenden Methoden, jeden normativen Gehalt absprach: die moderne Bildungswissenschaft fasst als pädagogische Tatsachenforschung «nicht die individuelle innere Bestimmung des einzelnen Menschen, von der aus alle pädagogische Bemühung erst verantwortbare Hilfe und Pflege bedeutet». Zielweisend werde Bildungsforschung erst, wenn «sie aus philosophischem Verstehen der menschlichen Grundmotive heraus einmündet in die Erforschung der innern Bestimmung dieses einzelnen Menschen», also dort, wo pädagogische Tatsachenforschung und im langwährenden Umgang mit vielen Menschen verdichtend-verstehende pädagogische Erfahrung zusammenkommen.

Gegen diese Methode der Verdichtung intuitiver Erfahrung wandten sich die Bildungswissenschaftler unter den Podiumsteilnehmern (H. Ries, Aarau; A. Gretler, Aarau; U. Isenegger, Fribourg), mit besonderem Nachdruck aber auch der pädagogische Psychologe Aebli, wobei vor allem die Verifizierbarkeit und Kommunikabilität dieser gelebten Realität bestritten und als noch-nicht-wissenschaftlich von der Wissenschaftsebene geschieden wurde. Das Gespräch verlor sich etwas, trotz L. Josts (Küttigen) Besinnung auf die Praxis (auf das, «was wir tun, warum wir es tun und wie wir es am besten

täten»), in der Erörterung der Aspekthaftigkeit wissenschaftlichen Tuns gegenüber diffuser, nur von wenigen Einzelnen bestimmbare Ganzheit erzieherischer Arbeit. Bildungsziele wachsen, wie beim abschliessenden offenen Gespräch Hochstrasser (Aarau), der vermutlich einzige Bildungspolitiker unter den Anwesenden, aus dem Publikum heraus ergänzte, in öffentlicher Meinungsbildung, in der sozialen gesellschaftlichen Realität, in welcher sie dann auch politisch realisiert werden müssen.

Staat und Wissenschaft

In der zweiten Hauptveranstaltung, die mit rund 150 Zuhörern zahlenmässig das stärkste Interesse fand, zeigte *P. Saladin* (Basel) aus der Sicht der Praxis, wie staatliche Forschungsförderung bisher fast ausschliesslich im Nationalfonds und dessen Grundlagenforschungsprojekten bestand, wobei etwa drei Viertel der wirtschaftlich orientierten Forschung von der Privatwirtschaft getragen war. Die neu zu organisierende dritte, gesellschaftlich motivierte Forschungsrichtung überfordert nun allerdings Nationalfonds und Kantone, denn hierfür muss das bestehende Instrumentarium ausgebaut werden. Anderseits hätte der Staat die Wissenschaft in seine Dienste zu nehmen: durch Informations-, Dokumentations- und Kontaktzentren, vorausgesetzt, dass die erforderlichen Wissenschaftler gefunden und ausgebildet werden, wozu es wieder gilt, den Nachdiplomunterricht auszubauen, in welchem Zugang zu den Nebendisziplinen verschafft würde. Gegen solche unausweichlich sich verstärkende staatliche Einflussnahme auf die Wissenschaft müsse sich die Freiheit des Forschers in der wissenschaftlichen Konzipierung sicherstellen lassen, gleichzeitig aber auch die Publizierungspflicht der Forschungsergebnisse: der Wissenschaftler muss sich vor der Öffentlichkeit verantworten können.

Wenig neue Gesichtspunkte ergab das folgende Podiumsgespräch, das von A. Labhardt (Neuenburg) zwar mit Charme und Präsizion geführt wurde, aber lediglich einzelne Details zu Saladins Referat beleuchtete. Wie nicht anders zu erwarten, gelang es nicht in jedem Kolloquium, den Standort der jeweiligen Disziplin gründlich zu bestimmen. So erschöpfte sich beispielsweise unter den nachmittäglichen Gruppengesprächen («La participation à la vie politique»; «Wodurch rechtfertigt sich der Status der Theologie als einer Disziplin an staatlichen Universitäten?»; «Die natürliche Umwelt in Agglomerationsräumen»; «Ethnologie und Volkskunde zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaften») die Betrachtung «Theater als wirkende Kraft in unserer Zeit?» trotz der Anwesenheit von Theaterwissenschaftlern (E. Stadler, Bern; R. Stamm, Basel) in Proklamationen von historischen Theaterdefinitionen und Exempeln politischer Theaterwirksamkeit. Konkret konzipierte Positionen vertraten hingegen die Dramaturgen (W. B. Fischer, Bern; H. Beil, Basel) wie auch der Leiter des Théâtre Populaire Romand, Ch. Joris, von denen die etwas befremdliche, weil unerörterte Subsumierung von «Theater» unter «Wissenschaft» kaum ausgegangen ist.

Armin Schlienger

ZWEI AUSSTELLUNGEN

In den letzten Monaten des Jahres häufen sich die Ausstellungseinladungen auf dem Schreibtisch. Das Angebot ist gross und vielfältig; es reicht von der jüngsten geschlossenen Kollektion eines Künstlers bis zur ausgedehnten Retrospektive, von der Ausstellung der kleinen Gruppe Gleichgesinnter bis zu jenen Grossveranstaltungen, an denen sich fast jeder beteiligen kann, von der Winkelgalerie bis zum Museum. Wo soll man hingehen? Was ist zu kommentieren? Man wird sich von persönlicher Vorliebe oder von der Neugier leiten lassen, für jenes einen grösseren Anfahrtsweg nicht scheuen, dieses im Vorbeigehen zur Kenntnis nehmen. Zu bereuen hat man kaum je. Selbst wo wir enttäuscht sein sollten, buchen wir einen Gewinn an Information, wo wir nicht «mitkommen», einen Anstoss zum Nachdenken und immer, den Willen dazu vorausgesetzt, Aufschlüsse wenn nicht über das Wesen der Kunst, so doch über unser Verhältnis zu ihr, das heisst über uns selbst.

Als eine Spiegelung der Jahresendsituation im Ausstellungsbetrieb sollen auch die folgenden Hinweise verstanden werden. Es gibt kaum Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Künstlern, zwischen dem zum Mythos gewordenen Allberühmten und dem nur einem kleinen Kreis Bekannten. Ungewöhnlich und bemerkenswert scheint mir in beiden Fällen die Vorgeschichte der Ausstellung.

*

Das Kunstmuseum in Bern zeigt bis zum 14. Januar 1973 eine umfangreiche Auswahl aus dem druckgraphischen Werk *Pablo Picassos*. In Bern, der Stadt, von der Picasso einmal bewundernd gesagt hat: «C'est comme un Corot»; wo Bernhard Geiser, der dieses Wort überliefert, das erste Œuvreverzeichnis zum graphischen Werk seines Freundes im Selbstverlag veröffentlicht hat: «Picasso peintre-graveur» – dies 1933, als Picassos Ruf bei weitem noch nicht so gefestigt war wie heute –; und wo schliesslich in den letzten Jahren der zweibändige Katalog des graphischen Werkes von 1904–1970 bei Kornfeld und Klipstein erschienen ist. Verfasser dieses Kataloges ist Georges Bloch, eine der markanten Sammlerpersönlichkeiten der Schweiz: er besitzt das unglaublich reiche graphische Werk Picassos – es sind gegen 2000 Blätter – vollständig und hat nun einen bedeutenden Teil dieser Sammlung, 478 Blätter und eine Zelluloidplatte, der Gottfried-Keller-Stiftung geschenkt. Diese Schenkung Bloch ist es, die man in Bern in ihrem ganzen Umfang besichtigen kann.

Das erste Werk dieser Reihe ist das berühmte Kaltnadelblatt «Salomé» aus dem Jahre 1905, das im Zusammenhang mit den Saltimbanques-Darstellungen der «Rosa Periode» zu sehen ist. In der Mitte, frivol graziös tanzend, das nackte Mädchen, dessen Körper der 24jährige Künstler mit feiner Schraffur modelliert hat; daneben und etwas zurückversetzt, mit sparsamen Linien nur gerade umrissen, der fette orientalische Herrscher, der mit kleinen Äuglein die Tänzerin betrachtet. – Das jüngste Blatt ist am 30. September 1968 entstanden. Es zeigt, in Aquatinta-Misch-

technik wie aus schwarzem Grund herausgekratzt, zwei Männer im Atelier. Der eine wendet sich gleichgültig weg, der andere, jüngere schaut wie gebannt hin auf zwei hellere weibliche Akte, das Modell und das Bild. Die Nähe der beiden Werke über 63 Jahre hinweg ist unverkennbar: im frühen Blatt noch literarisch, ist das Motiv doch dasselbe, vielleicht das wichtigste im Schaffen dieses Künstlers überhaupt: die Begegnung von Mann und Frau. Gewalttätig erscheint sie in den «Umarmungen», distanzierter in den Variationen über Cranachs «David und Bathseba» oder Manets «Déjeuner sur l'herbe», vor allem aber in dem jahrzehntelang umkreisten, in unzähligen Fassungen verwirklichten Thema «Maler und Modell». Picasso kennt den vereinzelten Akt zwar oder das Frauenporträt, häufiger aber wird das Gegenüber, wird auch der Zuschauer, der Mann ins Bild hereingenommen. Und so wird das Dazwischen spürbar: die da verhaltene, dort betonte erotische Spannung.

Sinnlichkeit und eine fast unbändige Vitalität gehen als Grundzug durch Picassos graphisches Schaffen. Wenn im Motiv «Maler und Modell» der Künstler als Minotaurus erscheint, trennt uns nur ein Schritt von den zahlreichen Stierkampfszenen, in denen der Spanier eine ungebrochene mittelmeerisch-heidnische Tradition weiterführt. Kult der Kraft und des Schönen; auch und vielleicht gerade dort, wo Picasso das klassische Menschenbild brutal zertrümmert, evoziert er es im Betrachter, möglicherweise intensiver als in den leichter zugänglichen, virtuos klassizistischen Strichzeichnungen, die nach der kubistischen Epoche in den zwanziger Jahren erstmals erscheinen und dann eine ständige Möglichkeit nach und neben Phasen expressiver Verzerrung oder surrealer Erfindung darstellen. Denn wenn Picasso sich eines konsequent bewahrt hat in seinem langen Leben, dann ist es die künstlerische Freiheit (auch die der Inkonsequenz) und die von dem jeweils Vorangehenden unabhängige Spontaneität in der Gestaltung der sinnlichen Erfahrung. Das gilt nicht nur für die Form, sondern auch für die Technik. Kaum ein graphisches Mittel, das er, immer zum Neuen bereit, nicht mit jugendlichem Elan aufgegriffen und immer zum scheinbar einzig richtigen Medium seiner Eigenart gemacht hätte. Exemplarisch zeigt sich das an der Meisterschaft und an der ungekannten Ausdruckskraft, zu der er Ende der fünfziger Jahre den Farblinolschnitt gebracht hat. Jetzt, im hohen Alter steht ihm alles zur Verfügung: Motive, Stile, Techniken werden wieder aufgenommen, variiert, kombiniert, spielerisch verflüchtigt. Die letzten 160 Blätter der Schenkung Bloch machen nicht ganz die Hälfte jener schon quantitativ stupenden graphischen Produktion zwischen März und Oktober 1968 aus!

*

Dass das Publikum am ehesten zur Kunst zu bringen ist, wenn man ihm seine ihm vertraute Umgebung im Bild wiederbringt, ist eine Erkenntnis, die zwar zuweilen kommerziell überanstrengt wird, aber durchaus auch sinnvoll und fruchtbar angewendet werden kann. Das beweist das Beispiel der Lenzburger Künstlereinladungen, deren Ruf doch schon weit über die aargauischen Kantonsgrenzen hinausgedrungen ist. Seit Jahrzehnten laden die Ortsbürger von Lenzburg in unregelmässigen Abständen einen bedeutenden

Vertreter der Schweizer Malerei ein, in der Stadt und ihrer Umgebung eine Weile zu arbeiten. Sie übernehmen die Kosten und organisieren ohne finanzielle Interessen eine Ausstellung. So hängen in den Häusern der Stadt Bilder von Morgenthaler, Stoecklin, Falk und anderen, die sonst kaum den Weg dorthin gefunden hätten. Nun wird es allerdings immer schwieriger, einen guten Künstler zu finden, den diese Aufgabe überhaupt lockt. Es soll ja nicht alter Wein in alten Schläuchen aufgetischt werden. Wer aber sucht seinen eigenen Weg noch in der unverfänglichen Abbildung der Wirklichkeit? Doch am ehesten ein Naiver.

In *Franz Keller* hat man ihn gefunden. Seine Werke – Zeichnungen, Radierungen und Gemälde – sind in der Burghalde in Lenzburg bis zum 10. Dezember ausgestellt. Wenn wir Vergleichbares suchten, kämen wir über Adolf Dietrich bald einmal zu Rousseau, ohne dabei viel zu gewinnen. Warum gibt es so wenig Künstler dieser Art, die unbekümmert um das Kunstgeschehen, sei es nun akademisch-traditionell oder avantgardistisch, die Welt, wie sie sie sehen, abkonterfeien und dennoch über alles bloss Dilettantische hinausragen und einen berechtigten Anspruch auf breitere Wirkung erheben dürfen? Ist es vielleicht gar nicht so einfach, sich dieses Mass von unverbildeter Naivität zu bewahren und doch über den für ein Kunstwerk unabdingbaren Kunstverstand zu verfügen? Oder anders gefragt: wie ist es möglich, vom Baum der Erkenntnis zu essen, ohne aus dem Paradies vertrieben zu werden?

Die Werke des in Beinwil am See lebenden Mannes geben eine Antwort. Sie entstehen aufgrund von groben Naturskizzen in einem Atelier, dessen Enge die Ausführung zu entsprechen scheint: es ist eine unsägliche Feinarbeit, kleinmeisterliches Handwerk zunächst, das mit Tuschfeder oder einem Pinselhaar die Bäume bis zu den äussersten Ästchen aufzeichnet, weit entfernte Rebstecken hinstrichelt, Waldpartien aus Einzeltännchen zusammenstickt und etwa den sich fast auflösenden fernen Horizont durch Punkte gerade noch ahnen lässt. Wir treten zurück, und alles fügt sich zur einen Landschaft. Die Einzelstriche haben sich zum Filigran verflochten, bilden nun grössere, wohlabgestufte Grauflächen; kein Detail beeinträchtigt die Gesamtwirkung, jedes trägt zu ihr bei. Und wenn auch das Motiv aus der Enge eines erhöhten Juratälchens heraus gesehen ist, so öffnet sich doch hinter den seitwärts vorgeschobenen Kulissen ein Raum von ungeahnter Weite. Der Zeichner strebt nach immer grösserer Reduktion. Die weissen Flächen erscheinen aber nicht als leere Stellen, sondern sind bewegt, gerundet; sie kommen dem entgegen, der sich auf die graphischen Möglichkeiten konzentriert. Kellers Abstraktionsvermögen ist deshalb nicht auf den Winter angewiesen, um verschneite Landschaften zu finden. Am extremsten ist die Reduktion dort, wo Keller nur noch einen Zweig ins Weiss setzt, vor einem kaum angedeuteten Horizont. Ist es ein Zweig? Oder nicht vielmehr eine schön geschwungene Linie, das kalligraphische Zeichen für eine Utopie? Ich möchte hier nicht die – ohnehin fragwürdige – Grenze zwischen «gegenständlich» und «abstrakt» ziehen müssen.

Die Farben der Gemälde sind in durchsichtigen Schichten, als Lasuren übereinander aufgetragen, und daher

rührt die bei aller Verhaltenheit so nuancenreiche Farbigkeit: der perlmutterne Schnee, das Nachtblau mit einem Schimmer von Rosa, herbstlich gebrochenes Grün und Rotgold; daher auch das eigenartig Atmosphärische: die flimmernde Reglosigkeit, diese abendliche Stille, in der wir uns heimisch fühlen und verloren zugleich. Diese Welt ist uns vertraut und eben doch so fern und unwiederbringlich wie die Kindheit. Wer anders als ein Naiver dürfte sie uns wieder vor Augen führen, ohne dass sie – oder die Kunst – Schaden nähme? «Der Künstler, der in vielem dem Kind gleicht», hat Kandinsky gesagt, «kann leichter zum innern Klang der Dinge gelangen. Hier liegt die Wurzel der grossen Realistik. Die vollkommen und ausschliesslich einfach gegebene Hülse des Dinges ist schon eine Absonderung des Dinges vom Praktisch-Zweckmässigen und bewirkt das Herausklingen des Innern.» – Auf diese Weise klingt es auch in Kellers Werken.

Uli Däster